



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR MOBILITÄT, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 17.10.2019, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Fortführung des Stadttickets Ludwigsburg

Vorl.Nr. 358/19

Beschluss:

Das StadtTicket Ludwigsburg wird bis auf weiteres, d.h. ab 2020 und darüber hinaus, fortgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** begrüßt die Anwesenden zur Sitzung. Nachdem keine Einwände gegen die Tagesordnung seitens des Gremiums vorgebracht werden, ruft er Tagesordnungspunkt 1 auf. Das Stadtticket Ludwigsburg sei ein Erfolgsmodell, daher empfehle die Verwaltung die Weiterführung. Weiteres werde der Leiter der Abteilung Tarif des VVS, Herr Dietz, vorstellen.

Herr **Dietz** (Verkehrsverbund Stuttgart) stellt das System und die Nutzerzahlen seit der Einführung des Stadttickets am 1. August 2018 anhand einer Präsentation vor. Diese liegt der Niederschrift bei. Für die Nutzer ergebe sich eine Ersparnis von bis zu 40 %. Es gebe ein Abrechnungsmodell mit der Stadt, da das Stadtticket mit Zeitkarten verrechnet werde. Das Ludwigsburger Stadtticket sei Vorbild für 14 weitere Kommunen im VVS-Gebiet gewesen.

Stadträtin **Dr. Knoß** dankt, dass das Experiment gewagt wurde. Sie empfindet, dass das Ticket noch zu wenig bekannt sei und gezielte Werbung an den Haltestellenplänen oft fehlen würde. Sie spricht die Linienführung über Remsecker Gemarkung an, und dass das Ludwigsburg-Ticket dort nicht in Hochdorf verkauft werde. Sie fragt nach dem Sachstand zur probeweisen Einführung des kostenlosen Samstagsbusses in der Adventszeit.

Für Stadtrat **Klotz** sei die Einführung des Stadttickets erfreulich und richtig gewesen. Der städtischen Kosten hierfür seien nah an der Voruntersuchung. Insgesamt sei man noch nicht am Ende, es bedarf weiterer Konzepte zur Attraktivierung des ÖPNV und zur Entlastung der Innenstadt.

Der Zuwachs um 15 % sei mehr als erwartet, so Stadtrat **Rothacker**. Aus seiner Sicht werde ein

kostenloser Samstagsbus die Buskapazitäten sprengen. Falls die Grenze von 650.000 Euro Eigenanteil der Stadt überschritten werde, müsse über eine Erhöhung des Rahmens gesprochen werden.

Stadträtin **Liepins** freut sich über den Erfolg und ist stolz, dass sich der Gemeinderat so vehement dafür eingesetzt hat. Das Modell habe viele Nachahmer gefunden. Eine Schwierigkeit bestehe bei den Nachbarkommunen wie am Beispiel Hochdorf. Dies sei für die Nutzer nicht verständlich. Stadträtin Liepins spricht sich für mehr Werbung für das Stadtticket aus und regt an, bei Großveranstaltungen weitere Vergünstigungen anzubieten.

Von einem Erfolgsmodell spricht Stadtrat **Heer**. Er bittet darum, den Flickenteppich im Kreis Ludwigsburg zu beenden; hilfreich wäre, wenn andere Kommunen ebenfalls ein Stadtticket einrichten würden. Der städtische Beitrag sei nicht wenig, aber sinnvoll, und es sei wert, das Angebot zu erweitern.

Stadtrat **Müller** lobt die Einführung und meint, dass für im Vergleich wenig Geld viel erreicht werde. Er fragt, ob Asperg und Remseck in das Ludwigsburger Stadtticket integriert werden könnten. Einiger Verlust bei den Streifenkarten sei zudem auf die Tarifzonenreform des VVS zurückzuführen.

Nach der Einbindung von Herrenberg oder Esslingen in die Kreistarife fragt Stadträtin **Gericke**.

Stadtrat **Zeltwanger** erkundigt sich, ob die Nutzerzahlen nach Uhrzeit erfasst wurden.

BM **Ilk** führt aus, dass die Busfahrer angehalten sind, gezielt auf das Stadtticket hinzuweisen. Ein kostenloser Samstagsbus sollte generell diskutiert werden. In diesem Jahr sei eine Einführung zur Probe laut Aussage der LVL Jäger GmbH wohl wegen der Liniennetzumstellung ab 1. Januar 2020 nicht durchführbar. Man befinde sich allerdings noch in Gesprächen.

Die städtischen Kosten für einen kostenlosen Bus an den Adventswochenenden würden sich auf etwa 60.000 Euro belaufen, führt Herr **Knobloch** (Fachbereich Nachhaltige Mobilität) aus. Im nächsten Jahr werde man das Thema frühzeitig aufrufen. In Kürze werde jeder Haushalt in Ludwigsburg einen Informationsflyer über das neue Busangebot erhalten, dort sei auch ein Hinweis auf das Stadtticket gegeben.

Stadträtin **Dr. Knoß** wirft ein, dass erstmal ein kostenloser Samstagsbus ausreichen würde, dies trage zur Reduzierung der Kosten bei.

Herr **Dietz** beantwortet die Fragen aus dem Gremium. Mit der Neuauflage des Tarifblatts werde der Hinweis auf das Stadtticket überall zu finden sein. Arrondierungen der Gültigkeitsgrenzen seien, wo sinnvoll, möglich. Das Beispiel Hochdorf nehme er mit; ähnliche Konstellationen seien auf der Filderebene gegeben. Ein großräumiges Stadtticket müsse genau abgewogen werden, da dann vermutlich viele Zeitkartenkäufe zurückgehen werden. Eine Statistik nach der Nutzungsuhrzeit sei nicht erfasst.

In Bezug auf den städtischen Kostenanteil erläutert BM **Ilk**, dass das Gremium informiert werde, in welchem Rahmen man sich befinde. Falls man über der Beschlusssumme liege, müsse ein erweiterter Beschluss gefasst werden. Ohnehin werde der Posten bei den Haushaltsplanberatungen aufgerufen. Im Anschluss stellt er die Vorlage 358/19 zur Abstimmung.

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** ruft Tagesordnungspunkt 2 auf. Beim Neubau des Gebäudes der Kreissparkasse Ludwigsburg handle es sich um eine erfreuliche Maßnahme zur Aufwertung der Innenstadt. Im Zuge der Bauausführung sei eine Sperrung der Schillerstraße unumgänglich.

Herr **Schröder** (Kreissparkasse Ludwigsburg) führt aus, dass im Januar mit den Abbrucharbeiten an der Schillerstraße begonnen werden soll. Er geht im Folgenden auf den Zeitplan der Baumaßnahme ein. Die Fertigstellung sei für das 1. Halbjahr 2023 geplant. Für die Verkehrslenkung habe man in enger Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung viele Planungen und Alternativen erarbeitet.

BM **Ilk** erläutert, dass die Baumaßnahme in zwei Phasen laufen werde. Im Vorfeld werden ab 23. Oktober für vier Wochen Leitungsverlegungen der SWLB durchgeführt. Ein ursprünglicher Plan mit einer Autospur stadtauswärts werde nun doch nicht möglich sein. Die Verwaltung habe sich aus Sicherheitsaspekten für eine Sperrung für den motorisierten Individualverkehr ausgesprochen, für Fahrradfahrer und Fußgänger bleibe die Straße passierbar. Auf dem Schillerplatz werden die Fahrspuren anders markiert. Zu beachten sei die große Zahl der Fußgänger, die täglich die Schillerstraße überqueren. Für die Bauphase der Kreissparkasse sei die nördliche Fahrspur betroffen, daher bleibe eine Spur stadtauswärts erhalten. Eine Komplettsperrung wollte man vermeiden. Gleichwohl stehe die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer an erster Stelle.

Stadtrat **Handel** dankt für die mutige Entscheidung. Dies könne zum Monitoring für eine verkehrsreduzierte Innenstadt herangezogen werden. Er bittet für eine eigene Signalisierung für Radfahrer und um eine zukunftsfähige Planung für die neue Schillerstraße mit Raum für Bäume und Radwege. Er fragt nach der Abwicklung des Baustellenverkehrs mit Wartezonen oder Sicherungsposten.

Ein eingereichter Antrag zum Thema könne später behandelt werden, so Stadträtin **Seyfang**. Sie regt eine alternative Radführung während der gesamten Bauzeit an, die auch auf die künftige Radroute 3B Bezug nimmt. Sie bittet die Stadtverwaltung, mit Schulen und Elternvertretern das Gespräch zu suchen.

Stadtrat **Rothacker** führt aus, dass die ursprüngliche Variante weniger Verkehrsprobleme gebracht hätte. Für die 4-wöchigen Leitungsarbeiten bittet er, die Eingriffe in die Verkehrsführung minimal zu halten. Man müsse sich bewusst sein, dass die einstreifige Befahrung für die kommenden drei Jahre Fakt ist; hier werde es hoffentlich geregelt zugehen. Die Straße werde nicht breiter werden, daher sei es unmöglich, Radstreifen und Bäume zu den Autospuren zu integrieren.

Es stehen vier chaotische Wochen bevor, meint Stadtrat **Liepins**. Die Sicherheit stehe aber über allem. Das „dicke Ende“ werde dann während der drei Jahre dauernden Bauphase mit einer Spur kommen. Vor allem mit den anderen Großbaustellen in der Stadt werde es kritisch werden. Es wäre sinnvoll, die Leitungen so zu verlegen, dass künftig Bäume gepflanzt werden können.

Stadtrat **Heer** führt aus, dass die notwendige Maßnahme gemacht werden müsse. Für die Weststadt sei die Schillerstraße eine wichtige Ost-West-Achse. Die jetzige Lösung sei die beste, die man finden konnte.

Die gemachten Überlegungen zur Verkehrsführung seien wichtig gewesen, so Stadtrat **Müller**. Gut

sei, dass der Radverkehr weiter auf der Achse fließen kann. Daraus könnten Autofahrer ableiten, dass man mit dem Rad in der Stadt schneller vorankomme.

Herr **Schröder** führt aus, dass man die Abwicklung des Baustellenverkehrs momentan plane. Ob künftig Bäume gepflanzt werden können, hänge an den Leitungen und an der Verteilung des Straßenraums, dessen Gestaltung dem Gemeinderat obliegt. Das neue Gebäude der Kreissparkasse springe in Teilen zurück, um im Erdgeschoss attraktiv für Handel und Außenbewirtung zu werden.

Laut BM **Ilk** sei für die Neugestaltung der Schillerstraße noch Zeit. Klar sei, dass die Straße nicht wie heute aussehen wird.

Auf die Rückfrage von Stadträtin **Gericke** zur Ampelschaltung am Schillerplatz antwortet BM **Ilk**, dass die von ihr vorgeschlagene „A-Schaltung“ zur Bevorrechtigung der Busse geprüft werde.

Stadträtin **Dr. Knoß** regt an, in der Myliusstraße ein Parkverbot einzurichten und probeweise reine Haltezonen einzurichten.

BM **Ilk** stellt abschließend fest, dass das Gremium Kenntnis genommen hat.

Beschluss:

Erhöhung des Zuschusses zu den Kosten der Fachstelle Wohnungssicherung ab dem Jahr 2020 um 10.000 Euro auf insgesamt 70.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Herr **Mayer** (Fachbereich Sicherheit und Ordnung) erläutert einleitend, dass sich die dreijährige Probephase bewährt habe. Gäbe es die Fachstelle Wohnungssicherung (FAWOS) nicht, würden viel mehr Plätze in den Obdachlosenheimen benötigt. Herr Knodel und Frau Palmer würden im folgenden die Arbeit vorstellen. Eine Aufstockung der jährlichen Zuschusses um 10.000 Euro wäre für die künftige Tätigkeit gut.

Herr **Knodel** (Fachstelle Wohnungssicherung) stellt die FAWOS und das Ziel der Arbeit und deren Finanzierung anhand einer Präsentation vor (vgl. Anlage zur Niederschrift). Langfristiges Ziel sei,

die Tarifsteigerungen durch eine dynamisierte Zuschussgewährung aufzufangen.

Im Einzelnen geht Frau **Palmer** (Fachstelle Wohnungssicherung) anhand der Präsentation auf die Erfolge der Arbeit und Fallzahlen ein.

Die Arbeit der FAWOS wird in der folgenden Aussprache von allen Rednern gelobt.

Stadtrat **Rothacker** sichert weitere Unterstützung zu. Das Thema gehe vielfach an der Gesellschaft vorbei.

Da von gestiegenen Eigenbedarfskündigungen gesprochen wurde, werde die Arbeit sicherlich auch in den kommenden Jahren mehr werden, so Stadträtin **Gericke**. Aus ihrer Sicht sei das Geld mehr als gut angelegt.

Stadträtin **Seyfang** fragt, ob eine Unterbringung auch in Wohnungen der Wohnungsbau Ludwigsburg erfolge.

Langfristig sei die Arbeit der Fachstelle eine Ersparnis für die Stadt, so Stadtrat **Maier**. Es stelle sich die Frage, ob mit einem höheren Zuschuss mehr bewirkt werden könne.

Über die Frage nach der Dynamisierung des Zuschusses sollte grundsätzlich nachgedacht werden, meint Stadtrat **Heer**. Erschreckend sei die hohe Zahl an Minderjährigen, die davon betroffen seien.

Stadtrat **Müller** fragt, wie viele von Obdachlosigkeit Bedrohte den Weg nicht in die Fachstelle finden, und nach der Zusammenarbeit mit der Schuldnerberatung.

Die Fachstelle werde umgehend tätig, sobald man Kenntnis von Räumungsklagen oder Ähnlichem erhalte, führt Herr **Mayer** aus. Somit würden nur wenige durchs Raster fallen.

Sie sei Mitglied der Vergabekommission der Wohnungsbau Ludwigsburg, erläutert Frau **Palmer**. Ungefähr 5 % der von Obdachlosigkeit Betroffenen erhalten eine WBL-Wohnung, was aber vor allem an der geringen Fluktuation bei den WBL-Mietern liege. Mit der Schuldnerberatung arbeite man intensiv zusammen, von ihr werden die Mietschulden bearbeitet, die immer prioritär bedient werden.

Herr **Knodel** führt aus, dass der Zuschuss für die Arbeit der Fachstelle nach der Erhöhung ausreiche. Man werde auch bei einer Dynamisierung des Zuschusses gerne weiterhin im Ausschuss über die Arbeit berichten.

BM **Ilk** dankt für die wertvolle Arbeit und stellt die Vorlage 312/19 abschließend zur Abstimmung. Es folge eine weitere Beratung im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 23.10.2019.

Beschlussempfehlung:**1. Baubeschluss**

Die ehemalige Kleingartenanlage Schlieffenstraße wird zurückgebaut. Die Baufeldfreimachung und der Bodenabtrag werden ausgeführt.

Die Gesamtkosten in Höhe von 2.100.000,00 € (brutto) werden genehmigt.

Die Baufeldfreimachung für den Westteil wurde mit der Vorlage Nr. 198/18 bereits beschlossen.

2. Vergabebeschluss

Die Fa. FWA Fischer Abbruch GmbH & Co. KG, Carl-Benz-Straße 33, 73235 Weilheim a. d. Teck, erhält den Auftrag für die Durchführung des o. g. Vorhabens.

Die Vergabesumme beträgt:

Angebotssumme einschl. MwSt.	2.002.536,61 €
+ Unvorhergesehenes ca. 5 %	<u>97.463,40 €</u>

2.100.000,00 € (brutto)

Bei Kostenüberschreitungen wird das Gremium informiert, wenn die Kosten um mehr als 50.000,00 € überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Empfehlungsbeschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** ruft Tagesordnungspunkt 4 auf. Das Gremium verzichtet auf Sachvortrag.

Stadträtin **Dr. Knoß** führt aus, dass der Interessent auf die Gewerbeflächen abgesprungen sei. Es gebe jetzt niemanden, der dort absehbar bauen werde. Gleichwohl werde die Grünfläche zerstört. Die Kosten der Abräumung könne sich die Stadt also momentan sparen, der Zugriff auf die Fläche sei jederzeit vorhanden. Sie fragt nach einer möglichen Zwischennutzung der Fläche.

Von einem großen Bedarf an Gewerbeflächen spricht Stadtrat **Herrmann**, es gebe genug Interessenten auf die Flächen. Die Kleingärtner seien dafür umgesiedelt worden.

Stadtrat **Rothacker** äußert sein Unverständnis auf den Einwand von Stadträtin Dr. Knoß hin. Die Stadt brauche das Gewerbegebiet und die Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Für die Flächen lägen genügend Angebote vor.

Nach den jahrelangen Diskussionen sollte die Fläche nun freigemacht werden, so Stadträtin **Liepins**. Eine Bebauung werde sicherlich schnell folgen.

Stadtrat **Heer** führt die Wichtigkeit als Stadtentrée aus, es sollte sich dort Gewerbe ansiedeln.

Der Vorschlag der Fraktion sei keine Industrierhinderung, so Stadträtin **Gericke**. Die Rodung sollte aus ihrer Sicht lediglich erst erfolgen, wenn eine konkrete Bauabsicht bestehe.

Stadträtin **Dr. Knoß** bittet, dass über mögliche Interessenten für die Gewerbeflächen im Ältestenrat berichtet werden sollte.

Dies wird von BM **Iik** zugesagt. Für infrage kommende Firmen gelte eine hohe Diskretion.

Laut Frau **Schmidtgen** (Fachbereich Tiefbau und Grünflächen) gebe es konkrete Interessenten, die erkennen sollten, dass auf dem Gelände etwas passiere. Der Artenschutz werde in ständigen Begehungen eingehalten. Als Zwischennutzung werde eine Blumenwiese gepflanzt, die mit minimalen Mitteln unterhalten wird.

Auf die Rückfrage von Stadträtin **Dr. Knoß** nach Baum-Umpflanzungen und Tierrettungen antwortet Frau **Schmidtgen**, dass es eine ökologische Baubegleitung gebe. Lohnenswerte Umpflanzungen seien durchgeführt worden.

BM **Iik** lässt im Anschluss über die Vorlage 336/19 abstimmen.

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Dr. Knoß** fragt zur Johannesstraße, ob der Stadt Erkenntnisse vorliegen, dass ein Häuserblock zwischen der Ulrich- und Wernerstraße in der Zukunft abgebrochen werde. Zum Nussackerweg fragt sie, ob dort die künftige Radroute 3 verlaufen solle.

Stadtrat **Klotz** bittet darum, dass die Baustellen zeitlich untereinander koordiniert werden und nicht zusammen mit anderen Baustellen in der Nähe laufen.

Es sei erfreulich, dass endlich eine Straßensanierung im Zweischichtbetrieb realisiert werden soll, so Stadtrat **Rothacker**. Er hofft auf eine gute Koordination der Maßnahmen mit den Stadtwerken.

Stadträtin **Liepins** spricht die Dauer der Straßensanierung in der Schwieberdinger Straße an und sieht diese im Zusammenhang mit der Sperrung der Schillerstraße bis 2021.

Laut Frau **Schmidtgen** (Fachbereich Tiefbau und Grünflächen) sei ein kommender Abriss in der Johannesstraße nicht bekannt, dies werde man nachprüfen. Die städtischen Baumaßnahmen seien koordiniert, mit der Stadtwerken arbeite man an einer weiteren Verbesserung in der Zusammenarbeit. Für den Zweischichtbetrieb seien intensive Gespräche zur Rechtssicherheit, insb. den Lärmschutz betreffend, geführt worden. Die Sanierung der Schwieberdinger Straße stadtauswärts dauere nach jetziger Planung neun Monate, stadteinwärts erfolge die Sanierung 2021. Aufgrund schadhafter Gasleitungen könne man die Baumaßnahme nicht weiter schieben.

BM **Ilk** erläutert, dass der Nussackerweg im Hauptradroutenkonzept Teil der Nord-Süd-Radroute 3 sei. Er stellt fest, dass das Gremium Kenntnis genommen hat und schließt daraufhin den Ausschuss für Mobilität, Technik und Umwelt. Eine nichtöffentliche Sitzung findet nicht statt.

Beratungsverlauf:

Siehe gesonderte Niederschrift zum Betriebsausschuss Stadtentwässerung am 17.10.2019.